

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionschrift: Tagesblatt Riesa,
Ferien Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen.

Postkontos: Dresden 1530
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 3.

Montag, 5. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigebandes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. mm breite, 4 mm hohe Grundchrift: 6 Silben, 25 Gold-Pfennige; die 8 mm breite Helmschrift 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Bemühter Rabatt reichlich, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe — Im Falle höherer Gewalt — streik oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gochstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die kommende unparteiliche Regierung.

(Berlin. (Amtlich.) Nach den Besprechungen mit den Führern der Reichstagsfraktionen hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der Aussprache Bericht erstattet. Da nach der von den Fraktionen eingenommenen Haltung die Bildung einer auf parlamentarischer Basis beruhenden Regierung nicht möglich ist, hat der Reichspräsident dem Reichskanzler Marx beauftragt, eine dieser parlamentarischen Wege Rechnung tragende Reichsregierung zu bilden.

Reichskanzler Marx hat den Auftrag angenommen.

(Berlin. Reichskanzler Marx führte gestern im Sinne des ihm erteilten Auftrages zur Bildung einer unparteilichen Regierung Verhandlungen mit verschiedenen der Deutschnationalen Volkspartei nahestehenden Persönlichkeiten. Wie verlautet, soll es sich dabei um die Neubesetzung des Reichsministeriums des Innern und des Reichswirtschaftsministeriums handeln. Wie verlautet, wird der Stand der Verhandlungen nicht als unangünstig bezeichnet. Im Laufe des Montag-Nachmittags werde es sich zeigen, ob die Besprechungen zu einem positiven Ergebnis führen. Der „Montag“ will wissen, daß für die Besetzung des Wirtschaftsministeriums Ministerialdirektor a. D. Meinhart und für den Posten des Innenministers Vizepräsident von Friede in Frage kommen. Die Genannten hätten sich ihre Entscheidung bis heute vorbehalten. Wie das Blatt weiter schreibt, habe man in parlamentarischen Kreisen den Eindruck, daß die Deutschnationalen eine derartige umgewandelte Reichsregierung unterstützen würden unter der Voraussetzung, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen alle Anstrengungen macht, um auch dort eine auf den gleichen Prinzipien aufgebaute Regierung herbeizuführen.

DD. Berlin, 5. Januar 1925.

Die Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Marx mit den Parteiführern, die den Zweck hatten, die letzte Möglichkeit einer Regierungsbildung auf parlamentarischer Basis zu geben, sind völlig ergebnislos geblieben. Die Bildung einer parlamentarischen Regierung kommt daher jetzt nicht mehr in Betracht. Reichskanzler Dr. Marx wird nunmehr im Verein mit dem Außenminister Stresemann ein überparteiliches Kabinett bilden, das die Aufgabe haben wird, mindestens bis zum Sommer oder Herbst dieses Jahres mit Unterstützung wechselnder parlamentarischer Mehrheiten die Regierungsgeschäfte zu führen, namentlich die außenpolitischen Probleme unter Tag und Nacht zu bringen. Wie wir hören, soll die neue Regierung schon jetzt so ziemlich fertiggestellt sein. In den parlamentarischen Kreisen sind jedenfalls schon wieder einige Ministerlisten im

Dienstag Veröffentlichung der Note.

(Paris. Wie Havas aus Berlin berichtet, haben die alliierten Vorkämpfer gestern vormittag den Text der Note erhalten, in der die Nicht-Räumung der Kölner Zone angekündigt wird. Die Vorkämpfer sind gestern nachmittag in der englischen Botschaft zu einer Beratung zusammengetreten. Die Ueberreichung der Note soll am Montag erfolgen. Der Text der Note wird am Dienstag vormittag gleichzeitig in allen alliierten Hauptstädten veröffentlicht.

Die Note dem Reichskanzler übergeben.

(Paris. (Funkpruch.) Wie aus Berlin berichtet wird, sollte die Note über die Kölner Zone heute mittag um 1/1 Uhr an den Reichskanzler überreicht werden. Der englische Vorkämpfer wird dabei eine festgelegte mündliche Erklärung abgeben. In der Mitteilung werde auch die Absicht kundgegeben, der deutschen Regierung eine neue Note zuzustellen, wenn der endgültige Bericht der Militär- und Kontrollkommission vorliegt.

Aus dem Reichstag.

Heute erste Vollkammer.

Im Reichstagsgebäude wurden die letzten Vorbereitungen zum Empfang der Reichstagsabgeordneten getroffen. Da der neue Reichstag 493 Abgeordnete zählt, während der vorige Reichstag deren nur 472 hatte, mußten 21 neue Plätze eingebaut werden. Auch die Verkettung, die an den „großen Tagen“ eine dringende Ueberfüllung aufwies, ist auf die dringenden Vorstellungen des Vereins der Parlamentsjournalisten um 15 neue Plätze erweitert worden. Die erste Vollkammer des neuen Reichstages heute Montag um 3 Uhr wird von dem Alterspräsidenten Wotzko (Soz.) eröffnet werden, der daselbst Amt bereits in dem im Mai gewählten Reichstag ausübte. In dieser ersten Sitzung wird nur der Namensaufruf vorgenommen, um die Anwesenheit einer beschlußfähigen Anzahl der Abgeordneten festzustellen, und dann die Tagesordnung für die nächste Vollkammer festgesetzt werden. Diese wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden, da der Dienstag wegen

Umlauf, auf deren Wiedergabe man aber zur Zeit verzichten kann. Die endgültige Feststellung der Kabinettsmitglieder wird am Dienstag erfolgen. Die neue Regierung wird, wie uns weiter von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, wahrscheinlich schon am Freitag die Regierungserklärung vor dem Parlament darlegen. Da es schon jetzt feststeht, daß Dr. Marx und Dr. Stresemann der Regierung wieder angehören werden, werden beide Staatsmänner die Aufgabe haben, die Erklärung der Reichsregierung zu formulieren. Im Anschluß an die Regierungserklärung wird die übliche große politische Aussprache im Reichstage erfolgen, bei der sich diesmal die Parteien darauf beschränken werden, ihre abwartende Haltung gegenüber dem neuen Kabinett zum Ausdruck zu bringen. Mit einem förmlichen Vertrauensvotum wird daher auch die neue Reichsregierung kaum zu rechnen haben, sondern sie wird sich mit einer Formel begnügen müssen, in der ihre Darlegungen gebilligt werden. Angesichts der gegenwärtigen ersten außenpolitischen Situation steht es ganz außer Frage, daß sämtliche bürgerlichen Parteien für die Regierung stimmen werden. Es ist sogar nicht unwahrscheinlich, daß sich auch die Sozialdemokratie den Darlegungen der Regierung anschließen wird, da sie vorläufig kaum in der Lage ist, in eine offene Oppositionsstellung einzutreten. Wie wir aus der engeren Umgebung des Reichskanzlers erfahren, rechnet der Kanzler jetzt damit, daß durch den Zwang der Notwendigkeit eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen werden wird, die von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie reichen wird, wenn diese Parteien sich nicht der Forderung verziehen, die innenpolitischen Streitfragen vorläufig vollkommen ruhen zu lassen.

Die neue Regierung wird in außenpolitischer Hinsicht von der Mitarbeit aller Parteien abhängig sein, da es nach Auffassung der maßgebenden diplomatischen Kreise jetzt darauf ankommt, gegenüber den alliierten Regierungen eine vollständige innere Geschlossenheit in Deutschland zu zeigen. Es kommt daher gar nicht in Frage, daß eine einseitige Ablehnung an rechts oder nach links eintritt, und damit das neue Kabinett politisch irgendwie abgestempelt werden würde. Die deutsche Politik muß jetzt darauf hinarbeiten, mit den gegenwärtigen Mächten zu offiziellen Verhandlungen zu kommen, da sonst die Gefahr entsteht, daß Deutschland außenpolitisch für die nächste Zeit vollkommen isoliert dastehen würde. Angesichts der Tatsache, daß auch die Sicherheitsfrage mehr oder minder die gegenwärtige Politik beherrscht, muß damit gerechnet werden, daß die außenpolitischen Verhandlungen sich mindestens bis zum Sommer des Jahres hinstrecken werden, ehe eine völlige Klärung der Gesamtlage erfolgen kann. Es ist daher auch absolut sicher, daß in den nächsten Monaten gar nicht daran gedacht werden kann, die Regierungserfolge von neuem aufzurollen zu wollen, denn sonst würde die Gefahr neuer Regierungskrisen gegeben sein, die stets auf die Gefährdung der außenpolitischen Lage einen nachteiligen Einfluß ausüben würde.

des katholischen Feiertags sühntfrei bleiben soll. Dem Reichstage wird gleich bei Beginn der Reichshaushaltungsplan für 1925 zugestimmt werden. Zu erledigen ist auch noch der Haushaltsplan für 1924, der von dem vorhergehenden Reichstag wohl an einen Ausschuss verwiesen worden ist, aber dort nicht mehr zur Erledigung gelangen konnte. Die Kommunisten beabsichtigen, gleich in der ersten Sitzung wieder ihre Amnestieanträge einzubringen, sobald es schon bei der Festlegung der Tagesordnung der nächsten Sitzung zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen kann.

Keine besonderen Sicherheitsvorkehrungen.

Berlin. (Funkpruch mittags 1 Uhr.) Entgegen anderslautenden Meldungen erfährt die „B. Z.“, daß irgendwelche besonderen Sicherheitsvorkehrungen gegen Störungen des ruhigen Verlaufes der heutigen Reichstagsitzung nicht getroffen worden sind. Der Reichstag selbst ist frei von Sicherheitspolizei. Die Besetzung der Zusatzsitze erfolgt aus verkehrspolizeilichen Gründen wie üblich.

Fraktionsitzungen im Reichstage.

Berlin. Im Reichstage trat gestern gegen 5 Uhr nachmittags die Fraktion der bayerischen Volkspartei zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen, in der der bisherige Fraktionsvorsitzende Komptatular Dr. Leicht wieder gewählt wurde. Im übrigen beschäftigte sich die Fraktion mit der Vorbereitung von Anträgen und geschäftlichen Angelegenheiten. — Auch in der Vorstandssitzung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion wurden namentlich formelle Angelegenheiten besprochen. Die Frage der Regierungsbildung kam in beiden Sitzungen nicht zur Sprache. — Die Fraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei trat ebenfalls am Sonntag nachmittag in Anwesenheit der Abg. Hubandorf, von Graef und Demnig zu einer Sitzung zusammen, der eine Besprechung der Reichsüberseherchaft vorausgegangen war. In Beschlüssen kam es auch in dieser Sitzung nicht. Die Fraktionsitzung wird vielmehr heute fortgesetzt werden und auch die Wahlen des Vorstandes werden erst heute erfolgen.

Eine Rundgebung des Reichstages in der Räumungsfrage.

Berlin, 5. Januar. Wie verlautet beabsichtigen die großen Parteien des Reichstages in der Frage der Räumung der Kölner Zone schon in den ersten Tagen nach dem Par-

mentzusammentritt eine groß angelegte Rundgebung zu veranstalten, die sich gegen den Beschluß der Vorkämpferkonferenz wendet und gegen die Veräußerung der Räumung entschieden Protest einlegt. Diese Rundgebung soll vor aller Welt die Einmütigkeit der deutschen Reichstagsparteien in dieser Frage illustrieren und die außerordentliche Beunruhigung zum Ausdruck bringen, die dadurch entstanden ist, daß die ganze Durchführung des Dawesplanes durch die Haltung der alliierten Regierungen gefährdet wird. Gegenwärtig finden innerhalb der parlamentarischen Kreise Verhandlungen statt, um den Wortlaut und die Form der geplanten Entschlüsse festzulegen. Die Rundgebung des Reichstages soll auf jeden Fall noch vor dem 10. Januar stattfinden, und zwar wird sie im Rahmen einer Rede des Außenministers Dr. Stresemann erfolgen, der alsbald nach der Regierungserklärung nach besonders auf die Probleme der Räumungsfrage eingehen wird.

(Weitere Meldungen an anderer Stelle.)

Gegen die Vergewaltigung der Kölner Zone.

Ein volksparteilicher Antrag im preussischen Landtag.

Berlin. Im preussischen Landtag hat die Deutsche Volkspartei folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird ersucht, der Reichsregierung bekanntzugeben, daß Preußen jeder Maßnahme der Reichsregierung zustimmt, die darauf zielt, dem Versuch der Ententestaaten entgegenzutreten, die erste Zone des abgetretenen Gebietes wider das Völkerrecht und entgegen dem Versailler Diktat über den 10. Januar hinaus durch fremde Truppen besetzt zu halten.

Die Staatsregierung wird weiter ersucht, durch jede möglich und geeignet erscheinende Art vor der Öffentlichkeit der Welt auch von Preußen aus dagegen Protest zu erheben, daß preussisches Land und preussische Bürger gegen Recht und Vertrag über den 10. Januar 1925 hinaus unter fremder Bedrückung leiden müssen. Die Staatsregierung wird endlich ersucht, den Bewohnern der ersten Zone des abgetretenen Gebietes die Anteilnahme der Staatsregierung und des Landtages an ihrem schweren Schicksal bekanntzugeben mit der Versicherung, daß wir ihrer Treue gewiß sind, wie wir ihnen Treue zusichern und halten.

Das vorläufige deutsch-französische Handelsabkommen.

Paris. Die von der französischen Abordnung ausgearbeiteten vorläufigen Vereinbarungen aus dem Handelsvertrag mit Deutschland umfassen 43 Paragraphen. Darin sind die von den deutsch-französischen Sachverständigen bereits angenommenen Teilvereinbarungen sowie die auf die elfah-lothringische Ausfuhr nach Deutschland bezüglichen Sonderbestimmungen enthalten. Die Vereinbarungen betreffen sich auch mit der Frage des Niederlassungsrechtes, der Schifffahrt, der Gewährleistung für Industrielebensmittel und die Fabrikmarken. Von französischer Seite wird betont, daß die Verhandlungen beiderseits in der freundschaftlichen Weise fortgesetzt werden. Gleichzeitig mit dem vorläufigen Abkommen werden auch die Verhandlungen im allgemeinen fortgesetzt. Heute werden die Vertreter der Lederindustrie zusammentreten und hierauf die Beauftragten der Metallindustrie. Der Entwurf des vorläufigen Abkommens ist vor drei Tagen der deutschen Abordnung zur Prüfung überreicht worden. Die Annahme des Entwurfes durch die deutschen Vertreter steht noch nicht fest. Von französischer Seite wird hinzugefügt, daß das Abkommen auf die Dauer von vier Monaten gerechnet ist.

Erneuter Notenwechsel zwischen Chamberlain und Katowski.

Moskau. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Die Moskauer Presse veröffentlicht einen neuen Notenwechsel zwischen Chamberlain und Katowski. In Verantwortung der Note der Sowjetregierung, in der der Person die ungehinderte Ausreise aus der Sowjetunion zugesichert wird, die der englischen Regierung den gefälschten Sinowjew-Brief zugestellt haben soll, teilt Chamberlain mit, daß die englische Regierung ihrer Note vom 21. November nichts hinzuzufügen habe. In einer Antwortnote vom 2. Januar erklärt Katowski: „In Anbetracht dessen, daß die englische Regierung durch ihre Weigerung, gemäß dem Vorschlag der Sowjetregierung die Untersuchung der Frage der Herkunft des gefälschten Sinowjew-Briefes einem unparteilichen Schiedsgericht zu übergeben, die Unmöglichkeit bekräftigt, die an den Brief geknüpften Beschuldigungen zu beheben, betrachtet die Sowjetregierung den Meinungswechsel in dieser Angelegenheit als erledigt.“

Auf einem Presseempfang erklärte Tschitscherin, daß die Tatsache ausschlaggebend zur Feststellung der Wahrheit sei, daß die englische Regierung einem unparteilichen Schiedsgericht ausweiche; es werde damit bewiesen, daß die englische Regierung die Wahrheit nicht feststellen wolle und sich ihres Unrechtes bewußt sei. Zwischen dieser Haltung der englischen Regierung und der Rolle der englischen Diplomatie in der ganzen Welt bestehe volle Übereinstimmung. Die englischen Vertreter in allen Staaten, sowohl des Ostens, wie des Westens seien heute die Haupturheber der feindseligen Politik gegenüber der Sowjetunion und die Quellen der falschen Informationen über die Sowjetunion.